

verdiener-Bereich stammen, ist es fraglich, woher Pellengahrs seine Euphorie nimmt.

Hinzu kommt, dass viele Arbeitnehmer aus einer normalen Entlohnung oftmals erst in die Arbeitslosigkeit geraten, um sich daraufhin mit einer Anstellung im Niedriglohnsektor begnügen zu müssen. Diese Gruppe wird in der Studie jedoch nicht separat erfasst. Insgesamt waren 29 Prozent aller Eintritte in den Bereich des Niedriglohns vorher als „arbeitslos“ bzw. anderweitig „nicht erwerbstätig“ gemeldet.

So ist klar, dass sich die reale Anzahl der Personen, welche aus dem Niedriglohn in normal vergüteten Arbeitsverhältnissen aufsteigen, von jener Anzahl an Personen, welche bereits normal entlohnt wurden und sich auf einmal - entweder direkt, oder über den „Umweg“ der Arbeitslosigkeit - im Niedriglohnsektor wieder finden, alles andere als „vielfach“ unterscheiden dürfte. Des Weiteren wird von den Verfassern des Gutachtens auch kein Zusammenhang zwischen Niedriglöhnen und Einkommensarmut gesehen, da laut Studie aufgrund zusätzlicher Einkommensquellen im Haushalt sowie staat-

lichen Transferleistungen „nur“ 16 Prozent der Niedriglöhner armutsgefährdet seien. Holger Schäfer vom Institut der deutschen Wirtschaft wörtlich:

„Es gibt in Deutschland kein nennenswertes Problem der Armut trotz Arbeit.“

Wie hartnäckig Typen wie Schäfer oder Pellengahr mit Hilfe vorgegebener Betrachtungen, geschönter Statistiken und „Analysen“ jedoch versuchen die Realität, gleich der damaligen DDR, zu verschleiern, um den von den Demokraten geschaffenen „liberalisierten Arbeitsmarkt“ als Erfolgsmodell präsentieren zu können, mit dem sich weiterhin nach Herzenslust unter dem Stern „der Profitmaximierung“ Löhne und Gehälter drücken lassen, so sind es nicht die warmen Worte, sondern lediglich kalte Tatsachen, welche einen immer größer werdenden Teil der Deutschen Tag für Tag stärker resignieren lassen:

- 23 Prozent der Beschäftigten in Deutschland arbeiten im Niedriglohnsektor

- Die Anzahl der Niedriglohnempfänger ist allein in den letzten 10 Jahren um 2,3 Millionen gestiegen

- Seit 2005 mussten 50 Milliarden Euro aufgebracht werden, um Löhne im Niedriglohnsektor durch staatliche Bezuschussung aufzustocken

- Über 80 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor verfügen über eine Berufsausbildung, sind dahingehend nicht als geringqualifiziert einzustufen
- 75 Prozent der im letzten Jahr neu entstandenen Beschäftigungsverhältnisse fallen unter die Rubrik der atypischen Beschäftigung

- Mehr als jeder zweite neue Beschäftigte fiel 2010 in die Kategorie der Leih- und Kurzarbeit

- Die Löhne der unteren Einkommensgruppen sind seit dem Jahr 2000 um 22 Prozent gesunken

- In Deutschland gilt jeder sechste als armutsgefährdet, im Osten der Republik sogar jeder fünfte



Deutschland stirbt!

Die Durchhalteparole könnte kaum glaubwürdiger sein: Trotz Schuldenkrise, Konjunkturproblemen, Bonitätsabstufungen und der vom IWF formulierten „gefährlichen neuen Phase“ sind die Deutschen so glücklich wie noch nie. Zumindest haben das der Wirtschaftsforscher Bernd Raffelhüschen, gemeinsam mit der Chefin des Instituts für Demoskopie Allendörfer, Renate Köcher, in einer bezeichnenderweise „erste umfassende Bestandsaufnahme zum Lebensglück der Deutschen“ herausgefunden.

Wie es tatsächlich um unser Volk bestellt ist, offenbart jedoch eine andere Studie. Denn mittlerweile wächst nach Angaben des Statistischen Bundesamts in Wies-

baden fast jedes dritte Kind (31 Prozent) in Deutschland in einer Zuwandererfamilie auf - in Großstädten mit mehr als einer halben Million Einwohnern sogar jedes zweite (46 Prozent).

Erklärbar wird eine solche Entwicklung nur dadurch, dass im System der Demokraten das deutsche Volk überhaupt keine Rolle mehr spielt.

Man hat nicht einmal den Wert des zukünftigen Steuerzahlers und Lastenträgers anerkannt, geschweige denn den biologischen Wert deutscher Kinder. Durch „Integration“, dem „Zuzug von Fachkräften“, so klingt es, soll der Bevölkerungsrückgang der Deutschen ausgeglichen werden. Doch der ist durch Zuwanderung selbst nach

Maßstäben der Demokraten nicht mehr aufzuhalten.

Um das Verhältnis zwischen Rentnern und Erwerbstätigen dauerhaft auf dem heutigen Niveau zu halten, müsste der jährliche Zuwanderungsüberschuss bei 3,4 Millionen Menschen liegen. Die Bevölkerung in Deutschland würde dann auf 300 Millionen Menschen anwachsen und der Ausländeranteil läge bei 80 Prozent.

Mit einem prognostizierten Rentneranteil von 46,2 Prozent wird die deutsche Bevölkerung in 20 Jahren die älteste innerhalb Europas sein. Bei einer Geburtenrate von 1,3 pro Frau vergeist und schrumpft unser Volk unaufhaltsam. Der Glaube daran, dass Heerscharen von jungen Ausländern nach Deutschland strömen, um alten und gebrechlichen Deutschen



Unterkunft und Verpflegung zu erarbeiten, entspricht einem Wunschdenken, das durch nichts begründet werden kann.

Jahrzehntelang haben sie die Vorzüge einer „multikulturellen Gesellschaft“ gepredigt, doch heute ist eines klarer als je zuvor: Im System der Demokraten kann und wird es keine Bevölkerungspolitik geben, die dem deutschen Volk das Überleben sichert. Das ist eben keine ferne Theorie mehr - wer die ideologische

Brille von der „Gleichheit der Menschen“ abnimmt und die Augen öffnet, kann, wenn er nur einen verschwindend winzigen Bruchteil des Volkes von Goethe, Schiller und Kant in sich trägt, nicht mehr weitermachen wie bisher.

Wer etwas ändern will, muss jetzt eine Entscheidung treffen. Es wird nicht reichen, gemeinsam mit dem Arbeitskollegen oder Nachbarn wütend über die Zustände zu schimpfen oder sich bei der nächsten Wahl für Apfelsinen statt

Orangen zu entscheiden. Tausende haben bereits vor dir eine Entscheidung getroffen. Schließ dich ihnen an und werde dir deiner Verantwortung als Teil unseres Volkes bewusst! Wir haben es in der Hand: Es ist unsere Heimat, unser Volk und unsere Entscheidung, den Volkstod im Sinne der Demokraten zu gestalten, oder ihn aufzuhalten! Oder hast du dich tatsächlich schon daran gewöhnt, die Minderheit im eigenen Land zu sein?

ursprünglichen Sachverhalt verschleiernde, Begriffe längst angeeignet.

So wusste Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM), einem Lobbyverein mehrerer Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie, vor gut einer Woche den Fokus der medialen Öffentlichkeit auf sich zu lenken,

indem er sich dem Begriff des „Niedriglohns“ annahm. Pellengahr erklärte:

„So genannte Niedriglöhne sind in Deutschland für viele Menschen vor allem eines: Einstiegslohne“

Zur Bekräftigung seiner These zauberte Pellengahr sogleich ein passendes Gutachten mit dem Titel „Der Niedriglohnsektor in Deutschland: Entwicklung, Struktur und individuelle Erwerbsverläufe“ vor die Kameras, welches im Auftrag des INSM vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln angefertigt wurde.

Wer regelmäßig unseren Blog (www.spreelichter.info/blog) verfolgt, dem wird die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ nicht gänzlich unbekannt sein. Bereits im Mai hatten wir über ein Gutachten der INSM geschrieben - damals bezüglich der großspurig verkündeten Chance zur Vollbeschäftigung in Deutschland.

Und so wie es im Mai die Bestrebung der sich im INSM tummelnden Gestalten war, unter dem Deckmantel einer vermeintlich in Aussicht stehenden Vollbeschäftigung, für die Akzeptanz von „regio-

nal unterschiedliche Beschäftigungschancen“ und die Förderung von „Mobilität und nicht Sesshaftigkeit“ zu werben, so will man im aktuellen Gutachten den Niedriglohnsektor als Erfolg, nämlich der zunehmend „gelungenen Integration Geringqualifizierter in den Arbeitsmarkt“ erkannt haben.

So kommt man auf 51 Seiten „Analysen“, Zahlenschiebereien und deren Interpretationen zu dem Ergebnis, dass der wachsende Niedriglohnsektor nicht das Resultat arbeitsmarktpolitischen Versagens ist, in dessen Folge ein wachsender Teil der Arbeitnehmer aus regulären Beschäftigungsverhältnissen in solche, mit geringem Lohn gedrängt werden, sondern,

dass sich in ihm das „Ergebnis eines arbeitsmarktpolitischen Erfolges“ widerspiegelt.

Begründet wird dies laut Pellengahr damit, dass es um ein Vielfaches wahrscheinlicher sei, aus dem Niedriglohnsektor in den Bereich der Normalverdiener aufzusteigen, als umgekehrt abzustiegen. Dabei bedient sich Pellengahr jedoch einer ziemlich eigenen Definition des Wortes „Vielfaches“. Hält man sich vor Augen, dass laut Studie zwar 52 Prozent aller Austritte aus dem Niedriglohnsektor zu Normalverdienern werden, dem gegenüber jedoch auch 43 Prozent aller Eintritte in den Niedriglohn stehen, die direkt aus dem Normal-

Neusprech: Aus Niedriglohn wird Einstiegslohn

Dass die herrschenden Demokraten im täglichen Kampf gegen die letzten Überbleibsel „freien“ Denkens das Neusprech für sich entdeckt haben, ist nicht erst seit dem Wunsch der Arbeitsministerin von der Leyen nach einem neuen Ausdruck für den „Hartz IV“ oder der andauernden Debatte um die

Vorratsdatenspeicherung, die unser Innenminister gern zur „Mindestdatenspeicherung“ umdefinieren möchte, bekannt.

Auch Wirtschaftsvertreter haben sich das Werkzeug des künstlichen Austauschs negativ besetzter Wörter durch neue, den



V.i.S.d.P.:

Auf Dich kommt es an!

Wenn Du das Spreelichter-Infoblatt zum ersten Mal in den Händen hältst, ist das schon ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung. Werde Teil der Widerstandsbewegung, indem Du das hier Gelesene anderen weitervermittelst. Nimm Kontakt zu bereits aktiven Gruppen in Deiner Stadt auf und beteilige Dich an den Diskussionsprozessen im Netz. Das System muss in seiner

charakterlichen Haltung scharf gezeichnet und mit allen Fehlern und aller Unfähigkeit so deutlich skizziert werden, dass jeder erkennen kann, dass es dem Untergang geweiht ist.

Weitere Informationen findest Du im Netz unter:

www.spreelichter.info

Nachdruck erlaubt und erwünscht!